

**Abg.z.NR Mag. Aubauer schlägt namens des Bundesvorstandes des
Österreichischen Seniorenbundes
dem 13. o. Bundesseniorentag
und der 18. o. Bundeshauptversammlung
folgenden**

**A N T R A G 17
(Briefwahl)**

zur Annahme vor:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine Anpassung bzw. leichtere Handhabung der Briefwahl bei allen bundesweiten Wahlen vorsieht. Mit dem gegenständlichen Antrag sollen auf Grund der Vollzugserfahrungen bei der Nationalratswahl 2008, aber auch bei Landtagswahlen die Bestimmungen über die Briefwahl analog zur kürzlich veränderten Europawahlordnung angepasst werden. Insbesondere folgende Punkte sind dabei zu nennen:

- **Die Gestaltung der eidesstattlichen Erklärung soll vereinfacht werden, das zusätzliche Ausfüllen von Datum, Ort oder Uhrzeit soll künftig entfallen.**
- **Das bislang mit Nichtigkeit bedrohte Erfordernis, den Postweg zur Übermittlung der Wahlkarte an die zuständige Bezirkswahlbehörde zu benützen, soll generell entfallen.**
- **Für Wählerinnen und Wähler, die sich der Briefwahl bedienen, sollen künftig keine Portokosten mehr entstehen.**

Begründung:

Die vergangene Europawahl hat gezeigt, dass mit diesen Vereinfachungen eine Reihe von Hindernissen beseitigt wurden, die bis dato dazu geführt haben, dass viele Briefwahl-Stimmen aus formalen Gründen von den Wahlbehörden als ungültig gewertet werden mussten. Eine leichtere Handhabung der Briefwahl für alle bundesweiten Wahlen würde vor allem jenen Seniorinnen und Senioren zu Gute kommen, die aufgrund einer Mobilitätseinschränkung verstärkt die Möglichkeit der Briefwahl wahrnehmen.



WIR sammelten 2007 mehr als 10.000 Unterschriften FÜR die Briefwahl! Jetzt sollte der nächste Schritt folgen.